

Schlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen. Mit ihm soll in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet werden. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung haben dazu gedient

Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zu verringern. Der Kanzler kündigt dann weitere Subventionen für die Industrie an. Die Sozialpolitik muß derartig gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt.

Dann fordert der Kanzler klar und deutlich die Festschlagung des Tarifrechts: Dabei kann man an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft nicht vorbeigehen. Vor allem gilt das für den Tarifgedanken, der größerer Elastizität bedarf. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden können. Der Kanzler appelliert an den Arbeitersinn.

Der Abgeordnete Genosse Schläffer erhält einen Ordnungsruf, als er diese Tatsache der Festschlagung des Tarifrechts festnagelt.

Im weiteren Verlauf der Rede Brüning's lagert es neue Ordnungsrufe gegen die Kommunisten. Noch einmal räumt sich Brüning: Heute ist nicht nur Deutschland den Weg gegangen, der in den anderthalb Jahren besprochen worden ist, sondern nahezu alle Nationen der Welt. Wir haben uns eher unpopulär gemacht, als die anderen Regierungen. Die Kommunisten rufen: „Das kann man nicht leugnen.“ Brüning verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß er ein Zögerer sei.

Brüning führt auch einen Scheinkampf gegen die „nationale Opposition“. Den Namen Dr. Schacht nimmt er aber nicht in den Mund. Er beschränkt sich darauf, zu versichern, daß er die gleichen ausländischen Bankfachverständigen zu Rate gezogen habe, wie andere vor ihm (gemeint ist Dr. Schacht). Den Gehaltsabbau der Beamten rechtfertigt Brüning damit, daß er den früheren Regierungen Vorwürfe über die Gehaltserhöhungen macht. Brüning lobt die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung Hermann Müller. Es ist nicht Schuld des Kabinetts Hermann Müller, daß diese Situation so war. Als Brüning an die Adresse Hugenberg erklärt: „Sien Sie doch in diesem Punkt (der Bankkrise) etwas vorsichtig, sonst zwingen Sie mich eines Tages, hier von der Tribüne einmal ganz deutlich zu werden“, fordern die Kommunisten:

„Prangern Sie doch die Korruption hier an, was haben Sie dem Volke noch zu verheimlichen!“

Schweigend der Kanzler betreten und Genosse Lewo erhält einen zweiten Ordnungsruf. Brüning ist offen genug, klar auszusprechen, vor was sich die deutsche Bourgeoisie am meisten fürchtet: „Vor der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats.“

Am Schluß der Sitzung ruft die kommunistische Fraktion geschlossen:

Hoch lebe Sowjetdeutschland, hoch lebe die Sowjetunion das Vaterland der Werktätigen aller Länder!

Der Genosse Grube erhält für den Ruf Rot Front einen Ordnungsruf und wird für 2 Tage von der Sitzung ausgeschlossen. Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse Kemmle morgen in ausführlicher Rede das System Brüning anklagen und von der Tribüne des Reichstages die Massen zum Kampfe zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen aufrufen.

Eröffnung der Debatte Mittwoch 12 Uhr mittags.

## Rüstet zum Erwerbslosen-Kongreß!

Alle Verluste der bestehenden Klasse, aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen, sind zertrümmert. Aus dem Hoover-Plan wurde nichts. Die französische und englische Hilfe ist ausgeblieben. Die großzügigen Besuche Brüning's vor den Thronen anderer Herrscher sind negativ verlaufen. Macdonald, Laual, Briand, alle Hungerminister der kapitalistischen Länder waren in Berlin und haben verhandelt. Die „großen Staatsmänner“ erzählen und beraten, aber das Elend wächst immer mehr an.

Während das Proletariat der kapitalistischen Länder einem elenden Hungerwinter entgegengeht, während die Scheunen und Magazine mit Waren und Lebensmitteln gefüllt sind, der Kapitalismus zur Erhaltung der Preise an die Vernichtung der Vorräte herangeht, die Trugschwärmer nach ihren Grundätzen die Not der darbenenden Volkschicht bis zum Wahnsinn steigern, geht mit Riesenschritten der Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde — in der Sowjetunion — vor sich.

In Deutschland sollen wir die Erneuerung durch die „nationale Selbsthilfe“ erleben. Das alte Lied vom Aufspiechern und Weiterdarben. Die „nationale Selbsthilfe“ zieht auf, und mit ihr wächst das Elend der Erwerbslosen.

7-8 Millionen Erwerbslose

sind in diesem Winter zu erwarten. Wann werden die Millionenmassen auf Arbeit, Brot und Freiheit rechnen können? Der Kapitalismus ist am Ende seines Latens und kann seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren. Die Profitwirtschaft verhindert die Inbetriebsetzung der stillgelegten Werke. Man fragt nicht nach dem Bedarf des wertvollen Volkes, sondern nach der Profitquote. Wir leben in einer Zeit, wo der von Karl Marx geprägte Satz:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ein Werk ihrer Klasse selbst sein!“

höchste Bedeutung erhält. Deswegen sehen wir der „nationalen Selbsthilfe“ und dem Hungerregime der herrschenden Klasse unsere

„rote Selbsthilfe“

entgegen. Die rote Selbsthilfe ist ein Hebel zur Durchführung unseres Halbjahrplanes. Durch selbigen müssen wir ein erhebliches Tempo in der Mobilisierung der Erwerbslosen erreichen. Angeheuer hemmt die bestehende Klasse durch ihre Polizeimaßnahmen unsere Agitation. Die Versammlungen werden verboten, unsere Funktionäre von den Arbeitsämtern verjagt, wenn sie versuchen, die Erwerbslosen aufzuklären. Ein schärferer Kurs wird gegen unsere Presse durchgeführt und überall versucht man, die Hungerrufe der Erwerbslosen durch den offenen Terror zu ersticken.

Der Bezirkserwerbslosenausschuß hat deshalb in seinem Halbjahrplan

die Aufgabe der Schaffung von 400 Erwerbslosenausschüssen 150 Vertrauensleutekörpern, 20 Frauen- und 40 Jugendkommissionen und 200 Erwerbslosen-KGD-Gruppen gestellt.

Wir stellen fest, daß große Massen bereit sind, mit unseren Organisationen und Erwerbslosenausschüssen zu kämpfen. Noch haben wir das Ziel, Umorganisation aller Erwerbslosenausschüsse auf revolutionärer Einheitsfrontbasis nicht erreicht. Deswegen steht unser Halbjahrplan die Reumachen aller Erwerbslosenausschüsse auf breiter Grundlage vor. Unsere rote Initiative zur Durchführung des Halbjahrplanes ist die Grund-

Unter Ausnahmezustand

## Parteibüro Hannover polizeilich beseht!

### Massenverhaftungen und Hausdurchsuchungen

Hannover, 14. Okt. (Eig. Meld.)

Am Montag haben im ganzen Bezirk Nieder-Sachsen bei zahlreichen Funktionären Hausdurchsuchungen stattgefunden. Gesucht wurde nach verbotenen Druckschriften und Waffen. In Hannover wurde die gesamte Kriminalpolizei des Kommando befehlt und sämtliche Räume eingehend durchsucht. Bei den Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Funktionäre verhaftet und vorhandene Broschüren beschlagnahmt. Der größte Teil der verhafteten Genossen mußte jedoch schon am Laufe des Nachmittages wieder freigelassen werden. Gegen 15 Genossen wurde Haftbefehl erteilt. Sie haben sich morgen vor dem Schnellrichter zu verantworten. In der Begründung heißt es, daß auf Grund der neuen Notverordnung ein Exemplar einer verbotenen Schrift genügt, um gegen den Besitzer vorzugehen.

## Im Sturmtempo wächst die Krise

Pfundsinkt bringt Entlassungen / Bereitet den Landestonareß der Erwerbslosen vor

Dresden, 13. Oktober. In der zweiten September-Hälfte ist eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten und zugleich eine Beunruhigung der Wirtschaftslage, die vorwiegend auf die Umgehung des Goldstandards in England zurückzuführen ist. England ist das Abfallland für mehrere Industriezweige des sächsischen Spinnstoff- und Bekleidungsgebietes, der Glas-, Papier- und Metallindustrie, sowie sonstiger Industriezweige. Die Auswirkung der englischen Währungsverhältnisse zeigte sich bereits in Entlassungen sowie in Stilllegungsanzeigen. Auf die englischen Währungsverhältnisse sind beispielweise die Anträge auf

Teilstilllegung einer Wolllwarenfabrik, Papierfabrik, Metallwarenfabrik, Korkfabrik, Stummelwarenfabrik, von vier Bürstenfabriken, einem Emaillewerk und einer Textilherstellungsfabrik im Bezirk Aue, ferner die Stilllegungsanzeigen einer großen Glasfabrik sowie einer Glasblecherei im Bezirk Trebsa zurückzuführen.

Darüber hinaus größere Entlassungen aus der Strumpf- und Stoffhandelsindustrie in Weiskirchen und der Baumwollspinnerei und -weberei in Ostfriesland. Die zahlenmäßigen Auswirkungen werden sich erst in den kommenden Wochen stärker zeigen.

Von Mitte bis Ende September ist die Zahl der Arbeitssuchenden in Sachsen von 545 349 auf 551 902, also um 6553 oder 1,2 v. H. angewachsen. Die Zunahme betrifft vorwiegend die männlichen Arbeitssuchenden (plus 6156), während die Zahl der arbeitssuchenden Frauen infolge von Beibehaltungszifferungen in einzelnen Zweigen des Spinnstoffgewerbes und infolge der Verdrängungen des Bekleidungsgebietes nur um 397 oder 0,3 v. H. angestiegen ist.

An der Verlastung des Arbeitsmarktes sind in erster Linie die Außenberufe sowie die Metallindustrie beteiligt, und zwar das Baugewerbe und die Metallindustrie mit je über 1500 Zugängen an Arbeitssuchenden, die Lohnarbeit wechselnder Art mit rund 1300 Zugängen, das Berg- und Hüttenwesen mit etwas über 900, und die Industrie der Steine und Erden mit fast 500 Zugängen.

Anschließend wächst die lange, graue Arbeitslosen-schlange. „Kein Stück Kohle, keine Kartoffel für den kommenden Winter im Keller. Nichts auf dem Leibe, nichts im Leibe. Das sind die Folgen der Politik der SPD, der Kurfürster am Kapitalismus. Aber die Erwerbslosen rufen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern. Am Sonntag, dem 18.

Oktober werden sie auf der Landeskonferenz sächsischer Erwerbsloser, die ein wichtiger Auftakt zur Mobilisierung der Erwerbsarmee ist, Kampfmaßnahmen für den Winter, der sein Hauptverderben den Arbeitssuchenden bringt, beschließen.

Kein Wunder, wenn die Bourgeoisie aus Angst mit allen Mitteln die Frage: „Wie kommen wir über den nächsten Winter?“ zu lösen versucht. Und sie soll gelöst werden auf den Rücken der Werktätigen. Dieser Widerstand allein genügt, um zu wissen, daß dadurch nur neues Öl in die erweichende Flamme des Kampfes geschossen wird. Anders als durch den Weg, den die SPD anzeigt, kann diese Krise nicht bezwungen werden.

Aus den obigen Zahlen müssen wir eines lernen: Die Krise im Sturmtempo wächst. Das verlangt von uns, im

Arbeitsunermüdblich an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront, an der Auslösung von Wirtschaftskämpfen, die diesem System wichtige Schläge versetzen. Je eher wir bereit sind, desto eher schaffen wir Arbeit und Brot.

## 4 Prozent Lohnabbau bei den sächsischen Papierarbeitern!

In der sächsischen Papierindustrie wurde ein vierprozentiger Lohnabbau durch Schiedspruch gegen die Papierarbeiter diktiert. Wir kommen morgen auf diesen Schiedspruch zurück.

## GWJ-Ortsgruppe aufgelöst

Nürnberg, 13. Okt. (Eig. Meld.)

Die Bezirksleitung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend hat die Ortsgruppe Nürnberg aufgelöst. Der Schiedspruch wurde gefaßt, da fast sämtliche führenden Funktionäre gegen die Parteileitung stehen und eine Opposition organisieren. Am Freitag soll in einer Mitgliederversammlung der Versuch gemacht werden, eine neue SAJ zu gründen. Zweifelslos wird jedoch ein Teil dieser SAJler den Weg zum kommunistischen Jugendverband finden.

## NSD führt siegreichen Streit

Vom 6. bis 10. Okt. streikten in Celle 120 Gemeindearbeiter unter Führung der NSD und errangen einen glänzenden Sieg. Die Reformisten lehnten Streit ab und prophezeiten den schnellen Zusammenbruch. Die Verhandlungen wurden von der NSD geführt und die gewählte Streikleitung wurde vom Magistrat als Verhandlungspartner anerkannt.

## Neues in Kürze

In der Nacht zum Dienstag wurden zwei in rote Tücher gewickelte Steine gegen das Eingangstor der Reichshaus-Gesandtschaft in Berlin geworfen. Ein Stein zertrümmerte die linke Torglasscheibe. Die Wurfgeschosse enthielten Zettel mit folgender Aufschrift: „Wir leben trotz Verbot. Heil Moskau! Nieder mit dem Verbot des NSD, Wien!“

Im Bezirk Ostsachsen werden in der Zeit vom 16. bis 20. Oktober

## Massenmeetings gegen Kriegsgefahr

stattfinden. Es werden sprechen die

Genossin Deveyens, Paris,  
Genosse Fong Keng, Mandschurei.

Außerdem werden von der UB-Leitung der Kommunistischen Partei die Genossen M. Schneider und Buckendahl sprechen. Die Versammlungen werden vorbehaltlich der polizeilichen Genehmigung in folgenden Orten stattfinden:

16. Oktober in Dresden, Blumensäule und Koglerheim.  
17. Oktober in Großröhrsdorf,  
18. Oktober in Meißen und Pirna.

Thema in allen Versammlungen:

„Weltkatastrophe des Kapitalismus und wachsende Kriegsgefahr“.

## Wichtige Eckert-Versammlung in Berlin

Entlegene Mittelständler kommen in Massen / 50 Aufnahmen für die KPD

Am 12. Oktober sprach der bisherige Pfarrer, Genosse Eckert, in einer Massenversammlung der Kommunistischen Partei in den Spichernsälen in Wilmersdorf. 1500 Menschen drängten sich in dem überfüllten Saal. So etwas hatte Wilmersdorf noch nicht gesehen. Eckerts Ausführungen fanden fürstlichen Beifall.

In der Diskussion sprach ein junger, christlicher Arbeiter, der erklärte, daß er mit einer ganzen Gruppe christlich-proletarischer Jugend im Osten Berlins zur Kommunistischen Partei gekommen sei. (Beifall.)

„Wir wollen mit euch kämpfen, weil wir den Wert der Einheit der Arbeiter erkannt haben. Nicht das Trennende suchen, das Gemeinsame derer, die die neue Welt bauen wollen, ist das Wesentlichste.“ (Noch härtere Beifall.) Ein Student der Theo-

logie, als solcher stellt er sich vor, spricht noch, dann geht Arthur Holtscher auf die Bühne und begrüßt Eckert mit warmen Worten.

Eckert mußte dann noch zu einer Versammlung nach dem Wedding. Der ganze Saal springt auf, als er herausgeht. Rot Front, von allen Seiten wird gegrüßt. Die Wälle sind spontan „Wilder zur Sonne, zur Freiheit“. Die zahlreich erschienenen Mittelständler und Intellektuellen stehen klamm, den Hut in der Hand, so etwas kennen sie nicht, das haben sie noch nicht gesehen, das ist Begeisterung und Kampfesfreude.

50 Aufnahmen in die Kommunistische Partei darunter mehrere Mittelständler, sind das organisatorische Ergebnis. Die vom Kapital-ins gekette Elend gekürzten wertvollen Massen kommen zu uns.